



# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Januar 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verjammlungs-, Vergnügungsanfragen ufm. 15 Pfennig die Zeile; Anzeigen, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 3

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Gewerkschaftsrevue:** Friedenshoffnungen. — Konferenz der französischen Gewerkschaften. — Britischer Gewerkschaftskongress. — Innerpolitische Kämpfe. — Sozialpolitische Erwartungen. — Beitragssteigerungen in den Gewerkschaften. — Starke Mitgliederzunahme.

**Wohnungsfragen:** Notwendigkeit einer umfassenden Wohnungslösung. — Zum Mieterstreik.

**Korrespondenzen:** Orlitz. — Hainichen.

**Rundschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als „Schwer- und Schwerarbeiter“. — Nachkommenswertes Beispiel. — Vom Deutschen Kulturmuseum. — Bänder Eifer. — Die größte Zeitung der Welt. — 25 Jahre Verbandsgewerkschaften. — Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1916. — Steuerungsulagen gehören zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung. — Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Reisebrotmarken. — Viel Eifer und wenig Bewegung. — Geiz und „Sammeltrieb“ als Krankheits.

**Literarische:** „Begleiter für Schriftsetzerlinge.“

### □□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß das von uns geschilderte Jahr 1917 im Zeichen berechtigter Friedenshoffnungen endete, könnte das Wort „Ende gut, alles gut“ darauf Anwendung finden. Aber leider fehlt doch noch zu viel, um eine solche Schlussfolgerung voll gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Trotz des bis zum 14. Januar währenden Waffenstillstandes an der Ostfront und dem von dort allgemein erwarteten Frieden zwischen den Mittelmächten und Rußland wird der Krieg sein Ende noch nicht finden. Die leitenden Staatsmänner Englands und Frankreichs verkündeten es, die Brüder zu befehlen, die ihnen durch die in Brest-Litowsk vermittelten gewesenen Friedensunterhändler geboten worden war, weil ihre Hoffnungen auf die versprochene amerikanische Waffenhilfe noch zu hochliegende sind. Die zehntägige Frist ließe sie vertreiben, ohne Anstoß an die von ihren russischen Bundesgenossen eingeleiteten Friedensverhandlungen zu gewinnen. Diese von den Westmächten verpaßte Gelegenheit, einen annehmbaren Frieden zu schließen, wird sich an den jenseitigen Gewaltthaten unter Umständen schon bald rächen. Es liegen gewichtige Anzeichen dafür vor, daß große Volkskräfte in Italien, Frankreich und England sehr wenig Neigung zeigen, den immer ausichtsloser werdenden Krieg weiter fortzuführen, wenn von den Regierungen nicht wenigstens der Versuch gemacht wird, eine Basis für ernstliche Friedensverhandlungen zu gewinnen; wenigstens durch bestimmte Umschreibung der Kriegsziele.

Ganz besonders interessiert uns, welche Stellung die Gewerkschaften in den beiden Hauptländern der Entente zur Beendigung des Krieges einnehmen. Am 22. und 23. Dezember v. J. tagte in Clermont-Ferrand eine Konferenz der französischen Gewerkschaften, auf der 140 Delegierte anwesend waren, die 59 Arbeitsverbände, 47 Gewerkschaften und 36 Verbände vertraten. Auch englische, belgische, schweizerische und jerbische Vertreter waren erschienen. Namentlich der Vertreter der französischen Metallarbeiter, Merrebin, wies hin auf die Mißstimmung, die im ganzen Land unter der Arbeiterklasse herrsche, die unzufrieden sei mit der Stellungnahme der Führer gegen die russischen Bolschewiki. Die alliierten Regierungen müßten an den Friedensunterhandlungen in Brest-Litowsk teilnehmen. Er bleibe bei seiner Auffassung, daß alle Regierungen gleichmäßig am Kriege schuld seien, und daß die Völker gleichmäßig für den Krieg nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Die einzig richtige Stellungnahme sei es, sich mit den Minderheiten in der Arbeiterbewegung zu verständigen. Die Friedenskonferenz könne nur ein internationaler Kongress sein, auf dem die Vertreter der Arbeiter aller Länder anwesend sind. Die Last der Wiedergutmachung der Kriegsschäden dürfe nicht einem einzigen Volk aufgebürdet, sie müsse von allen kriegführenden Ländern getragen werden, auch die Deutschen hätten in Ostpreußen Schäden erlitten. Nach lebhaftem Streit und Wider wurde mit allen Stimmen (bei zwei Enthaltungen) von der Konferenz eine Entschließung angenommen über die „Internationalen und den Frieden“, in der es u. a. heißt: „Ungeachtet der gegenwärtigen Kriegslage und der geistigen Unruhe, die durch eine gewissenlose und reaktionäre Presse veranlaßt wurde; ungeachtet der Fehler unserer Diplomatie und des Mangels an Klarheit der Regierungserklärungen über die Kriegsziele, verurteilt die Gewerkschaftskonferenz alle geheime Diplomatie und alle Verhandlungen, die ohne Vorwissen der Nation geführt wurden; sie verlangt, daß man die Nation in Kenntnis

setzt von den Bedingungen, unter denen ein allgemeiner, gerechter und dauerhafter Friede geschlossen werden könnte. In Übereinstimmung mit den Wünschen der Arbeiter dieses Landes beauftragt die Konferenz den Gewerkschaftsbund, sich mit aller Kraft zu bemühen, von der französischen Regierung die Veröffentlichung der Friedensbedingungen zu erhalten. Sie fordert inständig die Arbeiter aller Länder auf, von ihren Regierungen eine genau formulierte Veröffentlichung der Friedensbedingungen zu verlangen. Diese Forderung wurde von der russischen Revolution seit Beginn gestellt, und wir stimmen ihr bei, da dies unter den gegenwärtigen Umständen das einzige Mittel zu sein scheint, einen Sonderfrieden vorzugeben. Aus diesen Gründen und damit diese Grundzüge liegen, bekräftigt die Konferenz das Recht der Arbeiterklasse aller Länder im allgemeinen und der französischen im besonderen, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen und nötigenfalls sie hervorzurufen.“

Nicht so energisch wie die französischen Gewerkschaftler versuchten die englischen Arbeiter auf ihrer Tagung, die Regierung zum Einlenken zu bestimmen. Sie betrachteten eben alles unter dem Gesichtswinkel, daß Eroberungen, die England macht, als ein zivilisatorischer Fortschritt und eine Förderung des Weltfriedens anzusehen sind. Deshalb läuft auch die vom britischen Gewerkschaftskongress am 28. Dezember zur Kriegszielefrage angenommene Entschließung auf eine Deutung der Eroberungsabsichten der englischen Regierung hinaus. Immerhin hat sich der Kongress mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit für einen Friedensschluß erklärt, der durch keinen weiterdauernden Wirtschaftskrieg in Frage gestellt werden dürfte. Dieser Beschluß stellt ohne Zweifel eine weitere Stärkung der Friedenskränkung in England und einen Stoß gegen das ohnehin schon geschwächte Reglement Lloyd Georges dar. Daß sich ihm dieser selbst nicht zu entziehen vermochte, bewies die Tatsache, daß er genötigt war, beide Ausschüsse des Kongresses zu empfangen.

Wenngleich die Kundgebungen der französischen und englischen Arbeiter einen unmittelbaren Friedensvorschlag noch nicht im Gange haben werden, so lassen sie doch eine starke Erschütterung der Siegesforderungen und ein Einlenken in die Bahnen ruhiger Erwägungen erkennen. Die Wirkung auf die Völker selbst wird sich unter dem Eindruck der am 5. Januar wieder aufgenommenen Friedensverhandlungen im Osten, die sogar auf eine breitere Basis gestellt wurden, noch verstärken. Vorausgesetzt natürlich, daß die inzwischen durch die Entente hervorgerufenen Stützversuche der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk rechtlich unschädlich gemacht werden können. Aber die russischen Friedensunterhändler und die Zusammenarbeit mit ihnen verläuft von guttunrichtiger Seite, daß man es bei den russischen Abgeordneten mit geistig außerordentlich hochstehenden, feingebildeten Persönlichkeiten zu tun hat, die sich einer offenen und ehrlichen Verhandlungsmethode befleißigen. Ein wesentliches Kennzeichen der Eigenart der russischen Vertreter ist, daß sie zwar den Frieden als Mittel zum Zweck bejahen möchten, daß ihnen jedoch über alles ihr Ideal der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung der Welt im Sinn ihrer Grundzüge steht. Dadurch unterscheiden sich die Auseinandersetzungen in Brest-Litowsk grundlegend von allen früheren diplomatischen Verhandlungen der Geschichte. Wie die Dinge nun einmal liegen, muß leider noch mit schweren Kämpfen an der West- und Südwestfront gerechnet werden, ehe der Friedensgedanke siegreich seine Bahn ziehen kann. Sollen sich die wachsende Friedensbewegung in allen Ländern die Verfechter des starken Kriegsgedankens und des rücksichtslosen Siegerwillens bald hinweg. Im Interesse der leidenden Menschheit läge das durchaus.

Mit dem Wachsen der Friedenshoffnungen verstärkt sich für das deutsche Volk allerdings auch, die Aussicht auf eine Zeit enger innerpolitischer Kämpfe. Nicht nur, daß Junker, Großindustrielle und sonstige Kriegsgewinnler unter allen Umständen am Ruder zu bleiben gedenken, es suchen auch die Rückgriffen in jedweder anderen Gestalt mit Zähigkeit auf ihre Rechnung zu kommen. Kennzeichen dafür sind die Aufnahme, die der preussische Wahlrechtsentwurf im Abgeordnetenhaus gefunden hat und die Einheitslosigkeit, die einer Reform des sächsischen Landtagswahlrechts bei der sächsischen Regierung begegnet. In Preußen hat das gleiche Wahlrecht die 148 Konservativen des Abgeordnetenhauses zu entschlossenen Gegnern, die 57 Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen zu entschlossenen Anhängern. Die Entscheidung über das Schicksal der Vorlage liegt in den Händen der 54 Freikonservativen, der 73 Nationalliberalen und der 103 Zentrumsanhänger.

Dabei darf nicht außer Betracht bleiben, daß das Zentrum erklären ließ, daß nur ein Teil seiner Mitglieder für das gleiche Wahlrecht ist, während die große Mehrheit der Nationalliberalen starke Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht geltend machte, und die übrigen noch Vorrechte für „Bildung und Besitz“ verlangten. Dasselbe forderten die Freikonservativen. Schon sah man das gleiche Wahlrecht in diesem Abgeordnetenhaus als ausichtslos an und begann die Frage zu erörtern, was die Regierung nach seiner Ablehnung tun werde, als der neue Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, mit einer sehr eindringlichen Rede für die Vorlage eintrat. Er betonte, was Ministerpräsident Graf Hertling bereits in anderer Form getan hatte, daß die Krone tatsächlich mit all ihrem Gewicht für das gleiche Wahlrecht einzutreten entschlossen sei und die Minister angewiesen habe, alle verfassungsmäßigen Mittel zu seiner Durchführung anzuwenden. Dann stellte er sich selbst als ein zum gleichen Wahlrecht Befehliger vor und berief sich auf die tieferen politischen Einblicke, die er als Mitglied der Regierung gewonnen hätte. Friedbergs Rede machte einen außergewöhnlich starken Eindruck, dem sich auch der freikonservative Redner Freiherr v. Jellisch, ein sehr gewiegener Zuhörer, nicht zu entziehen vermochte. Man wird die volle Auswirkung der Wahlrechtsentscheidung der Regierung abwarten müssen, ehe ein abschließendes Urteil über die Aussichten der Vorlage möglich ist. Jedenfalls treibt die Mehrheit des preussischen Dreiklassenparlamentes ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, wenn sie dem Drängen des Volkes nach freierlicher Ausgestaltung des Wahlrechts nicht baldigt und in vollem Maße nachgibt. Das gleiche gilt von der sächsischen Regierung, die es, im Gegensatz zur preussischen Regierung, anstehend als ihr besonderes Vorrecht betrachtet, den Forderungen der sächsischen Bevölkerung hinsichtlich zeitgemäßer Veränderungen in der Zusammenfassung der beiden Kammern keinerlei Rechnung zu fragen.

Von der freikonservativen Neugestaltung der innerpolitischen Verhältnisse im Reich und in den Bundesstaaten wird für unser werktätiges Volk ebenso viel abhängen wie von der Erfüllung der sozialpolitischen Erwartungen, die es auf das Jahr 1918 setzt. Das verfloßene Jahr hat für eine entschlossene, fruchtbare Fortführung der Sozialpolitik nicht viele Beweise erbracht. Es lag wohl mit daran, daß es in der Regierung an Männern fehlte, die außer der nötigen Erfahrung und Sachkunde auch das Vertrauen der an der Sozialpolitik vor allem interessierten Kreise beizubehalten, Staatssekretär Helfferich galt und gilt heute noch mehr bei der Arbeiterklasse als Verhinderer denn Förderer der Sozialpolitik. Welt berechtigt wären dagegen die Hoffnungen, die sich auf das zukünftige Wirken des Staatssekretärs Schwander knüpfen. Unter den neuen Männern der Frau Mariaelis war er der Sympathisierender einer. Man kannte ihn aus seiner Straßburger Tätigkeit als überzeugten und ehrlichen Sozialpolitiker. Sein Name bedeutete ein Programm; er wies auf die Abkehr der Staatsleitung hin, ersthafte Sozialpolitik zu treiben und dem Privatmonopol das Staatsmonopol entgegenzusetzen. Bald sollte es sich jedoch zeigen, daß für das Wirken eines solchen Mannes „die Zeit noch nicht erfüllt“ ist, denn er trat wegen zu großer bureaukratischer und schwerindustrialistischer Semmeln zurück. Seiner Zusage getreu, hat Schwander während seiner kurzen Amtszeit aber wenigstens dafür gesorgt, daß der Gesetzentwurf über das Nachbaderbot an den Bundesrat gelangte, und daß die Vorbereitungen für die Arbeitskammern und die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung in Ruß kamen. Die beiden letzten Gesetzentwürfe sind bereits von der Reichsregierung für die bevorstehende erste Session des Reichstags im neuen Jahr angekündigt worden. Von ihrer Wichtigkeit wird jeder denkende Arbeiter überzeugt sein. Die Bedeutung der Arbeitskammern haben wir in einem besonderen Artikel klargestellt, und die Befestigung des berichtigten § 153 der Gewerbeordnung kommt einer Tilgung des häßlichsten Fleckes der deutschen Gesetzgebung, der Abschaffung einer der schlimmsten Fesseln der Arbeiterbewegung gleich. Nach Ausweis der im Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeiteten Kriminalstatistik für das Deutsche Reich ist „wegen Beeinträchtigung der Assoziationsfreiheit gewerblicher Arbeiter“ in den zehn Jahren von 1903 bis 1912 (neue Angaben liegen nicht vor) insgesamt gegen 10536 Personen Anklage erhoben worden. Von diesen wurden 6373 verurteilt, 4163 freigesprochen. An Strafen wurden verhängt: Zuchthaus (Zuchthausstrafe) gegen 1 Person, Gefängnis von drei Monaten gegen 29 Personen = 46 Proz. aller Verurteilungen. Gefängnis von einem bis unter drei Monaten gegen 372 Personen = 5,8 Proz. aller Verurteilungen, Gefängnis

von acht bis fünf dreißig Tagen gegen 1397 Personen — 23,6 Proz. aller Verurteilungen, Gefängnis von vier bis unter acht Tagen gegen 1962 Personen — 32,3 Proz. aller Verurteilungen, Gefängnis von weniger als vier Tagen gegen 2539 Personen — 40 Proz. aller Verurteilungen. Mit Geldstrafe wurden bestraft 40, mit Haft eine und mit Verweis 32 Personen. Auf den Durchschnitt dieser zehn Jahre entfallen somit 637 verurteilte Personen; eine Zahl, die im Jahre 1906 mit 1096 und im Jahre 1912 mit 934 Verurteilten erheblich übertrafen wurde. Die Reichsregierung hat ihre Bereitwilligkeit zur Befreiung des § 153 Gew.-O. bekundet, und sie zieht damit nur die Folgerung aus den Worten, die ihr Vertreter in der Reichstagskommission für die Reform des Verurteilten gesprochen hat, daß die Gewerkschaften sich vom Beginn des Krieges an in ungenügender und anspödischer Weise in den Dienst der Aufgaben gestellt hätten, die das Wohl des Vaterlandes, seine äußere und innere Wirtschaftmachung erheischen. Die Reichsregierung sei deshalb in eine Prüfung der Frage eingetreten, welche gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen seien, um den Gewerkschaften die nötige Freiheit zur Betätigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen zu sichern.

Somit, nach einundzwanzigmonatiger Kriegsdauer, haben die deutschen Gewerkschaften an ihrer großen Bedeutung für mehr gekannte Volkswirtschaft noch keine Einbuße erlitten, trotz der gewaltigen Anforderungen, die das Unterhaltungs- und Lebenswesen an sie stellt. Wenn eine ganze Reihe von Gewerkschaften zu Beitragsersparungen schreiten müßte, so ist das mehr als eine notwendige Folge der Entwertung des Geldes anzusehen, die auch anderswo zu veränderten Maßnahmen geführt hat. Die Gewerkschaften sind in ihren Einnahmen so gut wie ausschließlich auf die Beiträge der Mitglieder beschränkt. Dementsprechend sind die Unterhaltungen, die sie gewähren, im Einzelfalle knapp bemessen. Sinkt die Kaufkraft des Geldes in einem Maße, wie es in diesem Kriege der Fall ist, dann müssen notwendigerweise auch die Unterhaltungen erhöht werden. Bisher hat sich die Erhöhung der einkommensmäßigen Unterhaltungen noch nicht in so zwingendem Maße notwendig gemacht, weil die starken Einnahmen zum Lebensdienst und die Kriegskonjunktur die Arbeitslosigkeit nahezu verschwinden ließ. Auch die Gemeindegewalt und die Streikunterstützung, die sonst sehr erhebliche Anforderungen an die Gewerkschaften stellte, kamen während des Krieges nur in geringem Maße in Betracht. Nach dem Kriege werden die Anforderungen, die in dieser Hinsicht an die Gewerkschaften aller Voraussicht nach gestellt werden dürfen, stark anwachsen. Dann wird es auch notwendig werden, höhere Unterhaltungsätze einzuführen, und um das zu ermöglichen, müssen die Beiträge erhöht werden. Das Verständnis für die Notwendigkeit dieser vorausschauenden Maßnahmen wird hoffentlich überall vorhanden sein. Wenigstens lassen die Erfahrungen in allen denjenigen Verbänden, die inzwischen zu Beitragsersparungen übergegangen, keinen Zweifel darüber aufkommen. In fast allen Verbänden erfolgte im Vorjahr eine starke Mitgliederzunahme. In seinem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission mit, daß vom dritten Quartal 1916 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947.564 auf 1.201.770 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254.206 oder 26,8 Proz. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg dabei von 185.000 auf 365.000, also eine Zunahme um fast das Doppelte. Aber während die Gewerkschaften 118.895 weibliche Mitglieder neu gewannen, nahmen sie trotz der fortwährenden Entlohnung der Kriegswirtschaft von männlichen Arbeitskräften doch noch um 135.511 männliche Mitglieder zu. Andererseits kann konstatiert werden, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter bemüht waren, vermehrte Einkünfte fernzuhalten und ihren festen Zusammenhalt nicht lockern zu lassen. Das sind jedenfalls erfreuliche Tatsachen angesichts des Wachstums der Unternehmervverbände während des Krieges und der kommenden gewerkschaftlichen Friedensarbeit, die alle Gebiete des öffentlichen Lebens umfaßt. Auf wirtschaftlichem Gebiete gilt es, dem Arbeiter eine auskömmliche, gesicherte Existenz zu erkämpfen, die Volksernährung sicherzustellen, das Wohnungswesen zu reformieren; auf politischem das Verhältnis zwischen Staat und Volk auf eine zeitgemäße Grundlage zu stellen, die staatlichen Einrichtungen freiheitlich auszubauen, und in der Sozialpolitik darf es keinen Stillstand geben, sondern nur unentwegte programmatische Fortführung. Diese Ziele rechtfertigen dringend die Zusammenfassung aller Kräfte und die Abweisung jedes Versuches, der eine Trennung der Arbeiterklasse zur Folge haben könnte.

## □ □ □ □ Wohnungsfragen □ □ □ □

### Notwendigkeit einer umfassenden Wohnungsfürsorge.

Unter den Reformbewegungen der Gegenwart nehmen diejenigen eine erste Stelle ein, die auf eine sparsame Menschenökonomie abzielen. Der mährnernde Krieg, dazu der ständig abnehmende Geburtenüberschuß machen es dem Staate zur gebieterischen Notwendigkeit, das Einzelindividuum besonders doch zu bewerten, seine Lebenszeit voll auszunutzen und es vor einem frühzeitigen Ende zu bewahren. Die Fürsorge für das körperliche Wohlergehen der Volksgenossen ist also Gegenstand einer weitestgehenden Sozialpolitik von größter Wichtigkeit. Es kann daher dem Staate nicht gleichgültig sein, wenn die große Masse des Volkes unter ungesunden Wohnungsverhältnissen leidet.

Wenn aber in der Wohnungsfrage bisher immer noch eine große Verwirrenheit und wenig planmäßiges

Handeln herrschte, so rächt sich hier der Mangel einer einheitlich zusammengefaßten Organisation, die zur klaren Erkenntnis der Wohnungsnöte führen könnte. Wie wäre es sonst zu erklären, daß in Parlamenten und in der Presse fortgesetzt behauptet wird, wir hätten schon jetzt eine Wohnungskalamität und tiefen Gefahr, daß sie sich nach Kriegsende zu einer schweren Schädigung des gesamten Volkshörpers auswachsen würde, wenn man ihr nicht steuere, während andererseits die am Wohnungsmangel interessierten Haus- und Grundbesitzer dies in Abrede stellen. Freilich, Mangel an größeren Wohnungen besteht zur Zeit nicht, dafür aber in schon vielen Orten ein um so größerer an Kleinwohnungen, nach denen jetzt durch die infolge des Krieges verursachten wirtschaftlichen Notstände eine fortgesetzte steigende Nachfrage herrscht. Für die ersten Friedensjahre steht uns hierin eine schwere Gefahr in Aussicht.

Das es hierzu hat kommen können, verursacht das Fehlen von allgemeinen statistischen Unterlagen zur Beurteilung der Wohnungsmarktsverhältnisse. Dem abzuhelfen, sind in den letzten Jahren einige wirtschaftlich zusammengeordnete Gebiete dazu übergegangen, Wohnungs- und Wohnungsverhältnisse zu veranlassen. Diesbezügliche Statistiken liegen vor aus Groß-Berlin, Weiskalen, dem Königreich Sachsen, aus der Rheinprovinz und Bayern. Nimmt man für normale Zeiten einen drei- bis vierprozentigen Wohnungsverbrauch als ausreichend an, um den Umgang regelrecht abzuweichen zu können, so kann man auf Grund dieses Maßstabs von einer augenblicklichen Wohnungsnot in den von der Erhebung erfaßten Orten allerdings nicht reden. Denn in vielen Städten schwankt die Zahl der leerstehenden Wohnungen immer um die angegebene Norm. Andererseits aber hatten zahlreiche Gemeinden einen erheblich niedrigeren Prozentsatz von Wohnungsverhältnissen aufzuweisen.

Angenommen sei das Verhältnis in einem Teile der Orte aus, wenn man nur die Kleinwohnungen in Betracht zieht. Man kann jedoch nicht den derzeitigen Stand des Wohnungsmarkts zu einem Gradmesser des Wohnungsbedarfes nach dem Kriege machen. Ist doch nach Beendigung des Krieges, wenn die vielen in ihm aufgelösten Haushaltungen neugegründet werden müssen und die große Zahl der Kriegsgeltrauten sich eine Wohnung sucht, ein ungeheurer Bedarf an Kleinwohnungen zu erwarten. Die Wiederkehr jener Zeiten nach 1870/71, wo am 1. Oktober 1871 allein in Berlin über 10.000 Familien, darunter zahlreiche Arbeiterfamilien, obdachlos waren, rückt in drohende Nähe.

Demgegenüber ist der Zuwachs an neuen Wohnungen während der Kriegszeit verschwindend klein, denn die Bauwirtschaft ist zur Zeit fast gänzlich eingestell. Es ist ja auch den Bauunternehmern nur ein ganz geringer Teil ihrer Arbeitskräfte beibehalten worden, und zwar für solche Fälle, in denen es sich um Reparaturarbeiten, Vervollständigung von Verfallt- und Umbau handelt. Es werden also in Zukunft „nach“ weniger Wohngebäude entstehen, als es bisher schon der Fall war.

Aus 45 deutschen Städten sind einige Zahlen über den Stand der Bauwirtschaft vor und während des Krieges gesammelt. Es wurden ermittelt:

Im Jahre	Wohngebäude	Wohnungen
1912	9507	64.107
1913	7581	47.817
1914	6286	34.475
1915	2589	13.646
1916	1099	5015

In diesen Städten wurden danach im vorletzten Jahre nur ein Neuntel so viel Wohngebäude und ein Zwölftel so viel Wohnungen fertiggestellt wie im Jahre 1912. In Berlin, Schöneberg, Wiesbaden und Bochum wurde 1916 nicht ein einziger Wohnungsneubau aufgeführt!

Aber den Zugang an Kleinwohnungen, der ja für den allgemeinen Wohnungsmarkt ausschlaggebend ist, unterrichtet eine Statistik aus 33 Orten. Danach war der Kleinwohnungszuwachs im vorletzten Jahre in 4 Städten größer und in 29 kleiner als 1915.

Der zu Anfang erwähnte Mangel an Kleinwohnungen, dazu die letztgenannten Zahlen vom Stande der Bauwirtschaft reden eine eindringliche Sprache, den maßgebenden Stellen ihre Pflicht zur Behebung der Wohnungsnot einzuführen. Wenig ist bisher hierin geschehen. Der Reichstag hat den Wohnungszuwachsfonds auf 10 Mill. Mk. erhöht und zugleich bestimmt, daß aus ihm künftig zweifelhafte Darlehen zur Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen vergeben werden sollen. Verschwindend klein aber ist diese Summe im Vergleich zu dem Bedarf.

Das Kapitalabfindungsgesetz, das die Kriegsbeschädigten in den Stand setzen soll, ihre Kriegs- und Verfallmehlszulage, und das den Kriegserwitwen die Möglichkeit gibt, die Hälfte ihrer Rente zum Erwerb oder zur Festlegung eignen Grundbesitzes zu kapitalisieren, kommt insonderheit den ländlichen Kreisen und solchen Orten zugute, in denen die Grundstückspreise die Errichtung von Kleinhäusern gestatten.

In Preußen sind die Wohnungsgesekentwürfe noch nicht erledigt. Andere Bundesstaaten haben, von Umständen in Bayern und Sachsen abgesehen, erst wenig zur Lösung der Wohnungsfrage beigetragen. Das gleiche gilt von der kommunalen Wohnungsfürsorge.

Notwendig ist daher für die Zukunft eine großzügige Wohnungspolitik seitens des Staates und der Gemeinden. Die aber kann erst in vollem Umfange nach Wiederkehr friedlicher Zeiten eintreten. Deshalb gilt es für den Augenblick, die bestehenden Mängel im Wohnungswesen zu beheben. Zu dieser Erkenntnis ist die preussische Regierung gelangt. In der Begründung zu ihrem Wohnungsgesekentwurf heißt es, daß

alles daran gesetzt werden müsse, daß unser Volk die ungeheure Einbuße an Kräften möglichst rasch wieder wettmache. Der Staat wolle daher die unmittelbare Fürsorge für das Kleinwohnungswesen als seine Aufgabe anerkennen und für sie Mittel bereitstellen. Dies dürfte denn auch der einzige Weg sein, der augenblicklich beschritten werden kann und der Erfolg verspricht.

Wichtig ist auch in der Kriegszeit ein ausreichender Schutz der Mieter gegenüber denjenigen Hausbesitzern, die für die derzeitige wirtschaftliche Notlage der Mietsparteien kein Verständnis haben. Eine diesbezügliche Verordnung hat der Bundesrat bekanntlich am 26. Juli v. J. erlassen, worüber der „Korr.“ durch besonderen Artikel unterrichtet.

Für die Zeit nach dem Kriege wird also eine umfassendere Wohnungsfürsorge eintreten müssen. Da handelt es sich vor allen Dingen darum, zur Hebung der Privatbaufähigkeit die schlechte Lage des Realcredits zu verbessern, damit das Baugewerbe zur Herstellung der Wohnhäuser nicht mehr in so hohem Maße auf fremde Gelder angewiesen ist. In den letzten Jahren wurde ein großer Teil dieser Gelder von Banken geleistet, die im Grundstücksdeal und im Hausbau ein einkommensreiches Geschäft sahen. Die Wohnungen, die sie bauten, waren zum größten Teil keine Kleinwohnungen, sondern herrschaftliche und hochherrschaftliche. Dieserhalb stand in den letzten Jahren in fast allen Städten ein großer Teil dieser teuren Wohnungen leer, was dazu führte, daß der Wohnungsbau hierin unrentabel wurde. Die Geldgeber stellten darum die Förderung des Wohnungsbaues, der Kleinwohnungsbau ist ihnen nicht gewinnbringend genug, immer mehr ein.

Der Kleinwohnungsbau bleibt daher mehr und mehr den gemeinnützigen Baugenossenschaften überlassen und die Hergabe der dazu erforderlichen Gelder den Landesversicherungsanstalten, Sparkassen, Staaten und Gemeinden. Diese Geldgeber nach dem Kriege noch mehr wie bisher heranzuziehen, ist eine unabwendbare Notwendigkeit. Daneben müssen sich auch in erhöhtem Maße die Landesversicherungsanstalten, Krankenkassen und Baugenossenschaften, die doch sämtlich an der Volksgesundheit interessiert sind, durch die Hergabe von Geldern an dem Bau von zweckmäßigen Arbeiterwohnungen beteiligen.

Fassen wir das Ergebnis dieser Zeilen zusammen, so ergibt sich für alle um das Gemeinwohl besorgten Kreise die Pflicht, die schweren Schädigungen, die der Krieg unsern Volkshörern zufügt, durch eine weitestgehende Sozialpolitik wieder wettzumachen; dazu aber gehört insbesondere eine umfassende Wohnungsfürsorge.

Leipzig.

We.

### Zum Mieterrecht.

Gegen das Vorgehen der Hausbesitzer, die Mieten während des Krieges zu erhöhen, ist im „Korr.“ schon mehrfach Stellung genommen worden. Unlängst hat sich der Schutzbund für den deutschen Grundbesitz mit einer Eingabe an das Reichsamt des Innern und den preussischen Minister des Innern gewandt, in welcher u. a. darauf hingewiesen wird, daß Mietpreissteigerungen von 20 bis 25 Proz. bei gewöhnlichen Wohnungen und von 40 bis 50 Proz. bei solchen mit Zentralheizung und Warmwasserbereitung notwendig sei, um die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Demgegenüber wären Mietssteigerungen um 10—15 Proz. als „außerordentlich bescheiden“ zu nennen. Die Steigerung der Mieten bei Kriegsteilnehmern, die Wohnungen von ein und zwei Zimmern innehaben, könne jedoch weggelassen, wenn die Gemeinden, die neben der Familienunterstützung die Miete regeln, die Bedingung eines Verzichts des Hausbesitzers auf einen Teil der Miete fallen lassen. Es sei Sache des Reiches, die Gemeinden in solchen Fällen zu entschädigen.

In Melsburg wurden in der letzten Zeit mehrere Fälle bekannt, wo die Hausbesitzer langjährige Mieter mit größerer Kinderzahl kündigten, um bei der Wiedervermietung oder durch Aufnahme von Einlogierten seitens der Hauseigenen mehr Miete zu erzielen. Erstreulicherweise haben Magistrat und Vorstand der städtischen Sparkasse daraufhin beschlossen, daß allen Hausbesitzern, welche so verfahren, sofort die städtischen Sparkassen- und Pfandhypotheken gekündigt werden. Ebenso wird bei Hauseigenen Verfahren, die bereits früher bisherige Familienwohnungen in Schlafstellenquartiere umgewandelt haben und diese Quartiere nicht sofort freimachen und wieder für Familienwohnungen zur Verfügung stellen.

Aus Danzig ist zu melden, daß das dortige Schöffengericht mehrere Hausbesitzer wegen unberechtigter Mietpreissteigerung verurteilt hat. Selbst bei Neuvermietung darf eine Erhöhung des bisherigen Mietpreises nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Kommandantur erfolgen. Das Vorgehen der Hausbesitzer auf der ganzen Linie zeigt uns, wie dringend notwendig eine großzügige Wohnungsreform ist. (Wohnungsfragen sollen im Jahre 1918 eingehender im „Korr.“ behandelt werden. Dieser Artikel unfres Kollegen Gildenberg mußte wegen der Raumnot noch mehrere Wochen lang zurückgestellt werden. Red.)

Im Anschluß hieran sei noch beiläufig auf meinen Notiz aus Kiel in Nr. 91 des „Korr.“ v. J. betreffs Wohnungskündigungen mitgeteilt, daß dort doch ein Mietscheinungsamt vorhanden ist.

M. Gildenberg.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Görlitz. (Vierteljahrsbericht.) Die am 25. Oktober abgehaltene Versammlung nahm den Bericht unfres Bauvorstehers Fiedler über die Verhandlungen des Tarif-



auszuschließen entgegen. Diesem Umfange war es wohl zuzuschreiben, daß neben den ständigen Veranlassungsbesuchern eine Anzahl Kollegen erschienen waren, die sonst gewöhnlich durch Abwesenheit glänzen. Der Vortragende entrollte ein anschauliches Bild von der Tagung, dabei die wichtigsten Beschlüsse erörternd. Den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine kurze Ausprägung, in der im besonderen die Befriedigung über die Beteiligung der Stausfaltung der Feuerungsanlagen zum Ausdruck kam und den Gehilfenvertretern Dank und Anerkennung gezollt wurde. Nach Bekanntgabe der üblichen Abrechnungen wurde beschlossen, von der Veranstaltung einer Weihnachtsfeier wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten in diesem Jahr Abstand zu nehmen. Ausführlich erörtert wurde dann eine Anfrage betreffend das Arbeiten in andern Druckereien nach Feierabend, worüber auch unser Saworsteher näheren Aufschluß gab. Der Vorsitzende gedachte am Schluß der Veranlassung des 50jährigen Berufsjubiläums des Kollegen Gustav Sahn, dem Subilar auf seinem weiteren Wege zum goldenen Verbandsjubiläum beste Gesundheit wünschend und ihm Dank abkissend für die auf seinem Posten als Reisekassenverwalter fast ein Menschenalter geleistete Arbeit im Interesse der Organisation, in welchem Sinn auch der Saworsteher Fiedler seine ehrenvollen Worte aussprach. (Am Vorabend des Jubiläumstages [5. Oktober] war eine kleine Feier mit einer Vorstandssitzung verbunden, wobei Kollege Stiescher namens des Vorstandes sowie Abordnungen der Kollegenschaft der größeren Ortschaften dem Subilar ihre Glückwünsche in verschiedener Gestalt darbrachten.) — Die mittelmäßig besuchte Generalversammlung am 15. Dezember ehrte einigens das Andenken dreier gefallenen Kollegen in der üblichen Weise. Betreffs Verteilung des Waisenfonds wurde beschlossen, bis zu zwei Kindern je 10 Mk., drei Kindern und mehr je 8 Mk. auszugeben. Die Mittelunterstützung an die Kriegserfrauen für das letzte Quartal wurde um 2 Mk. auf 10 Mk. erhöht. Einer sich in bedrängter Lage befindlichen Witwe eines verstorbenen Kollegen wurde ein einmaliger Betrag von 15 Mk. überwiesen. Das 50jährige Stiftungsfest der Öhrlicher „Topographia“ am 28. März soll am ersten Osterfeiertag durch eine offizielle Veranlassung am Vormittag und einen Familienabend festlich begangen werden. Hierbei wurde wieder einmal (wie oft schon!) daran erinnert, daß auch ein Kollegenangehöriger am Orte vorhanden ist, dem stimmbegabte Kollegen willkommen sind. Bei Berücksichtigung über die Feuerungsanlagen, deren Einführung allgemein erfolgt ist, wurden verschiedene lokale tarifliche Angelegenheiten besprochen und im Anschluß daran ein Weberaufnahmegeruch besprochen. Aber den Antrag des Vorstandes, „der jetzt übliche Modus der Feier der 25jährigen Verbandsjubiläen ist abzumandern“, wurde ein Beschluß nicht herbeigeführt; es wurde dem Vorstand überlassen, einen geeigneten Weg zu finden, der allen Teilen gerecht wird. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes. Der „Mittelschicht“ fand die Ehrung des Kollegen „Hermann Gabel“ für 25jährige ununterbrochene Zugehörigkeit zur Organisation in der üblichen Weise statt. In Sprache, Überreichung des Geschenkes, geselliges Beisammensein bis zur Polizeistunde.

**Sainten.** Am 1. Januar d. J. konnte Kollege Adolf Schulze auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken. Der Subilar wurde durch seine Kollegen mit einem silbernen Schreibzeuge belohnt.

## ○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Emil Reichebusch (Barmen), Fritz Kämpf und Karl Riemann (Berlin), Arthur Vogt (Calm), Hermann Bartoche (Darmstadt), Joseph Bick (Donauwörth), Paul Bedt (Erfeld), Fridolin Bien und Hermann Müller (Frankfurt a. M.), Karl Dewegelin und Albert Weßermann (Karlsruhe), Walter Jahn (Weipzig), August Herre, Otto Mattheis, Gottfried Seske und Heinrich Wilms (Magdeburg), Kurt Schmalreck (Neustadt i. Sa.) sowie Georg Kleiner (Muedlinburg). Damit haben bis jetzt 4850 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

**Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter.** In Lyda (Ostpr.) wurden sämtliche Buchdruckergehilfen, ausschließlich der Lehrlinge und Hilfsarbeiter, als Schwerarbeiter anerkannt; sie erhalten demgemäß eine Brot- und eine Fleischzulage. — Die Buchdruckergehilfen in Muedlinburg a. S. wurden schon seit längerer Zeit als Schwerarbeiter anerkannt. Die Maschinenfänger und Stereotypen werden als Schwerarbeiter gewertet, während die Kollegen von zwei Druckereien infolge Überarbeit zeitweise als „höhere Schwerarbeiter“ anerkannt wurden. Die Anerkennung der letzteren Kollegen als „höhere Schwerarbeiter“ erfolgte angeblich, weil sie mit der Herstellung von landwirtschaftlichen Druckaufträgen beschäftigt sind.

**Nachahmendes Beispiel.** Die Firma Ch. Reimann in Tarnowitz (O.-S.), deren Inhaber, Herr August Käufer, sich seit Anfang August 1914 im Felde befindet, gewährte auch dieses Jahr dem gesamten Personal das sonst übliche Weihnachtsgeschenk in Höhe von 10 bis 100 Mk. Außerdem erhielten die Gesellen im Herbst einen Winterzuschuß bis zu 200 Mk., und auch in jeder anderen Beziehung blüht der Besitzer seinem Personal die schwere Zeit leichter zu überwinden.

**Vom Deutschen Kulturmuseum.** In seinen Räumen in Leipzig, Dolsstraße 26, hat das Deutsche Kulturmuseum

einen Lesesaal eröffnet und damit eine Einrichtung geschaffen, die geeignet ist, die reichen Schätze dieses großartigen Museums weiteren Kreisen für kulturelle und wissenschaftliche Zwecke nutzbar zu machen. In dem Lesesaal — einem schönen, hellen Räume mit behaglicher, praktischer Einrichtung — stehen zu jederzeitigem Gebrauch eine umfassende Handbibliothek mit allerhand Nachschlagewerken, zahlreiche Zeitschriften vor allen Dingen sämtliche guten Kunstzeitschriften, sowie eine Reihe Tageszeitungen zur Verfügung. Die reichen Literaturschätze des Museums werden auf Wunsch sofort zur Einsicht herangestellt. Der Lesesaal kann von jedermann unentgeltlich benutzt werden; er ist wochentäglich von 10 bis 4 Uhr geöffnet.

**Blinder Eifer.** Herr Direktor Planck von der Paulinus-Druckerei in Trier machte von seiner Machtbefugnis einen höchst kleinen Gebrauch, indem er die Verteilung des „Kor.“ für die Zukunft unterlag. Einen plausiblen Grund dafür erklärte der Herr Direktor in erster Linie in dem Gedicht in der Weihnachtsnummer des „Kor.“, und außerdem hatte es ihm ein Satz in unserer Weihnachtsbeilage angefallen. In der direktorialen Verfügung hieß es u. a.: „Wir können in unsern Räumen kein Blatt verteilen lassen, das das Fest zu einem glücklichen Vater im Himmel damit verpöflet, daß es schreibt, „Aber trotzdem heißt es nicht fatalistisch in die Kniee sinken.“ Die Zeitumstände verbieten es uns, dem Herrn die richtige Antwort zu geben; immerhin verdient sein durch Frömmigkeit gedechtes Verhalten niedriger gehängt zu werden. Unse angebotene Bemerkung hindert wahrhaftig niemand, der das Bedürfnis in sich fühlt, daran, in summa Nachschuß das Knie zu beugen. Aber fatalistisch, also verhängnisglaubig, soll das niemand tun, selbst der Frömmste nicht, denn das wendet kein Schicksal und macht nicht frei. Deshalb hieß es in dem betreffenden Satz unserer Weihnachtsbeilage weiter: „... nicht fatalistisch in die Kniee sinken, sondern das Erlebte durch Umgrenzung feststellen, mit Aufmerksamkeit die Vorgänge im politischen und wirtschaftlichen Leben verfolgen.“ Wessen Seelenbild durch solche gütigen Ratsschlüsse ins Wanken gerät, bei dem ist der religiöse Glaube nicht sonderlich fest verankert. Ein Verhalten wie das des Herrn Planck läßt es begreiflich erscheinen, wenn das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ in einem „Wachsenden Reaktion“ bestellenden Artikel die Arbeiter kürzlich wie folgt warnte: „Laßt euch darum nicht betören durch jene, die die schlimmsten Forderungen vor dem Schwinden von Einrichtungen an die Wand malen, die angeblich aus idealen Erwägungen heraus wie der elgane Zugapfel behütet werden müssen! Wir sichern die Zukunft auch unserer geistigen Güter am besten, wenn wir die Entwicklung entschlossen selbst in die Hand nehmen und sie zu beeinflussen suchen, anstatt uns widerwillig Zugeländnisse abtoben zu lassen, an denen wir doch nicht vorbeikommen, und die dann natürlich die Sicherheiten nicht mehr bieten, mit denen wir sie durch unsere eigene Mitarbeit umgeben können.“ Nicht mehr und nicht weniger bezeichnen unsere inkriminierte Auslassung und das Gedächtnis in der Weihnachtsnummer.

**Die größte Zeitung der Welt.** In der französischen Stadt Aliza-Chapelle gibt es ein Zeitungsmuseum, und in diesem Museum wird ein Exemplar jeder jemals erschienenen Zeitung aufbewahrt. Die größte Zeitung der Welt, die ebenfalls in dieser Sammlung vertreten ist, erschien nach einem Berichte des „Mercure de France“ im Jahre 1859 in New York. Sie bedeckte die Fläche eines großen Billards, ist 8 1/2 Fuß hoch, 6 Fuß breit und enthält 8 Seiten mit je 13 Spalten. Das Papier dieser sonderbaren Zeitung, die nur alle 100 Jahre erscheinen soll, ist von einer Güte und Stärke, die den heutigen Zeitungsverlegern die Kriegsnot besonders empfindlich vor Augen führen muß. Das Blatt wurde seinerzeit in 28000 Exemplaren hergestellt, der Preis für jede Nummer betrug ungefähr 240 Mk. Der Inhalt der Zeitung, die übrigens mit Holzschnitten geschmückt ist, könnte einen Quartband von 400 Seiten füllen. Schließlich sei bemerkt, daß dieses Blatt sich von seinen Kollegen auch dadurch unterscheidet, daß man darin keine einzige Anzeige findet. Leider wird nicht mitgeteilt, wo die nächste Nummer, die im Jahre 1959 erscheinen wird, bestellt werden kann. Doch kann man, ohne ein lächerlicher Optimist zu sein, der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Nummer keine „Berichte vom Weltkrieg“ mehr enthalten wird.

**25 Jahre Verbandsangehöriger.** Georg Wollmann, der Vorsitzende des Verbandes der Porzellanarbeiter, konnte am 1. Januar d. J. auf eine 25jährige Tätigkeit als Angehöriger des Verbandes zurückblicken. Seit 21 Jahren bekleidet er das Amt des Vorsitzenden. An der Spitze des Verbandsorgans „Die Amelle“ würdigte den Verbandsvorsitz und Redaktoren das pflichtgetreue Wirken Wollmanns, der sich in äußeren und inneren Kämpfen des Verbandes von keinem andern Prinzip leiten ließ als dem, den Interessen der Gesamtheit seiner Berufsangehörigen zu dienen und das zu tun, was nach seiner Überzeugung im Interesse des Fortschritts, der Verwirklichung der gesellschaftlichen Ziele unbedingt notwendig und geboten erschien. Ein derart logisches und konsequentes Verhalten ist das höchste, was einem Verbandsvorsitzenden nachgerühmt werden kann.

**Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1916.** Die fünfte statistische Beilage des „Korrespondenzblatts“ brachte die übliche genaue Darstellung der freigewerkschaftlichen Lohnbewegungen des Jahres 1916. Da eine zuverlässige Reichsstatistik darüber noch fehlt, hat die Gewerkschaftsstatistik doppelte Bedeutung. Wir beschränken uns auf einen knappen Auszug daraus. Nach den Berichten von 28 Gewerkschaften haben 1916 insgesamt 6991 Bewegungen in 20778 Orten mit 56947 Beteiligten und 191259 beschäftigten Personen stattgefunden,

von denen 6849, also 98 Proz., friedlich verliefen. Die Verhältnisziffer der friedlichen zu den gesamten Bewegungen war in den letzten Jahren folgende: 1905: 56,1; 1907: 64,5; 1909: 68,8; 1911: 69,9; 1913: 73,9; 1914: 71,0; 1915: 98,2. Zur Arbeits-einstellung kam es 1916 in nur 142 Fällen. In Zahl der Bewegungen übertrug das vorletzte Kriegsjahr das Jahr 1915 fast um Doppelte; an Zahl der Beteiligten übertrug es auch alle Friedensjahre. Die vermehrte Frauenarbeit kommt darin zum Ausdruck, daß der Anteil der an den Bewegungen beteiligten weiblichen Personen auf 16 Proz. gegen 6,4 Proz. im letzten Friedensjahre stieg. Angriffsstreiks wurden 111 und Abwehrstreiks 28 geführt. An diesen Streiks nahmen 11520 männliche und 1984 weibliche, zusammen 14504 Personen teil. Bei 108 Angriffsstreiks handelte es sich nur um Lohnforderungen und bei 3 kam außerdem noch geforderte Arbeitszeitverkürzung in Frage. Zu Aussperrungen kam es in 3 Fällen; es wurde davon nur der Solgarbeiterverband mit 135 Beteiligten betroffen. Die Gesamtansätze für alle Bewegungen betrug 149380 Mk., davon kamen 67354 Mk. auf Streiks und Aussperrungen. Die Arbeits-einstellungen waren im Durchschnitt nur von kurzer Dauer. Von allen Bewegungen, ohne und mit Arbeits-einstellung, wurden 6842 durch Vergleichsverhandlungen beigelegt, davon 27 unter Mitwirkung von Militärbehörden. Im allgemeinen war der Ausgang der Bewegungen im Jahre 1916 in der gleichen Weise erfolgreich als die im Vorjahre geführten, nur 64 Bewegungen mit 5600 Beteiligten hatten keinen Erfolg. Durch die im Jahre 1916 geführten Bewegungen haben insgesamt 1447032 Personen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht bzw. eine Verschlechterung derselben abgewehrt. Davon erzielten 1206891 Personen eine Lohn-erhöhung im Gesamt-betrage von 5173684 Mk. pro Woche; im Durchschnitt 4,29 Mk. pro Person. Dieser Erfolg übersteigt bei weitem das Ergebnis aller Berichtsjahre seit dem Jahre 1905. Die Erfolge an Arbeitszeitverkürzung sind nur gering. In 1413 Fällen kam es nämlich der Bewegungen zu Tarifabschlüssen, die zusammen für 209454 Personen Geltung haben. So erheblich der Gesamt-betrag der erreichten Lohn-erhöhung auch erscheinen mag, so unzulänglich ist sie, gemessen an den enormen Steuerungsverhältnissen. Es wäre verfehlt, zu behaupten, daß damit auch nur annähernd ein Ausgleich gegenüber der verteuerten Lebenshaltung erfolgt wäre. Die Statistik gibt allerdings auch kein erschöpfendes Bild der im Jahre 1916 erzielten Erfolge. Eine ganze Reihe von Vorgängen, die zu Lohnaufbesserungen führten, die in der Form von Steuerungsanlagen gewährt wurden, liegen sich nicht als geschlossene, von den Verbänden zur Durchführung gebrachte Bewegungen charakterisieren und statistisch erfassen. Die durch das Betreiben der Gewerkschaften erzielten Lohnaufbesserungen sind in Wirklichkeit erheblich umfangreicher, als sie zahlenmäßig nachgewiesen werden können. Der Erfolg, den die Gewerkschaften durch ihre Bewegungen auch während der Kriegszeit für ihre Mitglieder erzielten, darf nicht unterschätzt werden. Er zeigt die Macht und den Einfluß der Gewerkschaften, die den Kriegszustand nicht zu erschüttern vermochte.

**Steuerungsanlagen gehören zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung.** Sie sind deshalb in allen Zweigen der sozialen Versicherung dem regelmäßigen Arbeitsverdienste zuzurechnen, somit zur Bemessung der Beiträge und Leistungen heranzuziehen. In diesem Sinne hat soeben das Reichsversicherungsamt sich ausgesprochen. Zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung gehören nach der allgemeinen Begriffsbestimmung neben Gehalt und Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andre Bezüge, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem dritten erhält. Es fallen unter das Entgelt also grundsätzlich alle vermögenswerten Vorteile, die dem Beschäftigten als Vergütung für seine Arbeit tatsächlich gewährt werden. Dies trifft auch hinsichtlich der Kriegsbeihilfen oder Steuerungsanlagen zu, denn diese Zuwendungen fließen den Beschäftigten nicht außerhalb ihres Beschäftigungsverhältnisses zu, sondern sie erfolgen aus Anlaß der Tätigkeit im Betriebe des Arbeitgebers und als Gegenleistung für diese Tätigkeit. Auf Form und Maßstab der Leistung kommt es nicht an, ebenso ist es ohne Belang, daß die Steuerungsanlagen nur auf unbestimmte Zeitdauer bewilligt und widerrufen werden können. Auch ist es unerheblich, ob ein klagbarer Anspruch darauf besteht. Siernach ist der Durchschnittsbetrag der Steuerungsanlagen bei der Anmeldung der Versicherten zur Krankenkasse mitanzugeben, ebenfalls ihre Erhöhung anzumelden, wenn dadurch eine Verlesung in eine höhere Lohnstufe bedingt wird. Auch bei den Lohnnachweisungen für die Unfallversicherungsgenossenheiten haben die Arbeitgeber diese Zulagen mitanzugeben.

**Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Reisebrotmarken.** Die Reisebrotmarken sollen nach einer neueren Verfügung erst am 15. Februar d. J. in ihrer bisherigen Form außer Gültigkeit treten.

**Wenig Essen und wenig Bewegung.** Diese sich in der Theorie ganz hübsch ausnehmende, in der Praxis aber nicht durchführbare Forderung stellte Geheimrat Junb, der berühmte Ernährungsphysiologe an der Berliner Universität, in einem Aufsatz in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ auf. Da die vorwiegend pflanzliche Nahrung weniger gesalzig ist als die Friedenskost, so soll man sehr viel essen und alle drei Stunden eine Mahlzeit halten. Gleichzeitig soll man alle überflüssigen Bewegungen unterlassen. Die Gesamtmenge unseres Nahrungsbedarfs, d. h. ihr Kalorienwert, muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, wenn das Körpergewicht und die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung nicht Schaden nehmen sollen. Eine solche Gefahr droht uns jedoch, wie der Ge-

